

EU-Osterweiterung - Chancen und Risiken für Österreich

Am 27. 11. 2000 war Dr. Erhard Busek auf Einladung des Grazer Cartellverbandes der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (GCV) mit einem Vortrag zum Thema „EU-Osterweiterung - Chancen und Risiken für Österreich“ an der TU Graz zu Gast. Wir möchten dir auf diesem Wege eine kurze Zusammenfassung seines Referates übermitteln.

„Die Beitrittswerber sind nicht in einen Topf zu werfen. Der Sinn einer Unterscheidung besteht nicht darin, manche Kandidaten auf stille Art auszuschneiden, sondern eine Strategie zu entwickeln, die schrittweise Integration ermöglicht.“

Busek: „Angesichts der Tatsache, daß sich im Südosten und Osten Europas 24 neue Staaten gebildet haben, ist es wichtig, Europa neu zu lernen! Mit Bedauern habe ich in der letzten Zeit registriert, daß es namhafte Stimmen aus der Politik gibt, die ihre Aufgabe darin sehen, als Warner vor der EU-Erweiterung aufzutreten. Meines Erachtens verfahren sich diese Politiker in ihrer Aufgabe und sind offensichtlich so am Tagesgeschäft orientiert, daß ihnen die konzeptive Sicht für die nächsten Jahre mit populistischen Argumenten verstellt ist. Die Osterweiterung ist nämlich die Chance Österreichs, in die Gestaltung des Kontinents einzugreifen. Zunächst gibt es ein paar vordergründige, primitive Argumente, warum die Ostgrenze der Union von uns weggeschoben werden muß. Zu lange sind wir Ostgrenze gewesen, zu viele Lasten (z.B. Schengen) sind damit verbunden, zu sehr verlieren wir damit Chancen in der Nachbarschaft, auch wirtschaftliche Erfolge zu haben.

Das berühmte Argument, daß Arbeitsplätze ab- und billige Arbeitskräfte zuwandern, sticht noch dazu nicht. Wenn unsere Nachbarn „draußen“ bleiben, dann wird das Lohnniveau dort weiter tief und die Tendenz der Abwanderung aus diesen Ländern um so größer sein. Je rascher es gelingt, ihre wirtschaftliche und soziale Situation an unser Niveau anzunähern, um so eher

bleiben die Menschen im Lande und die Arbeitsplätze, wo sie sind. Die größte Gefahr besteht heute sicher unter dem Aspekt der Globalisierung in der Abwanderung etwa nach Indien oder Südostasien, wie es in der Textilindustrie längst passiert ist. Die Abwanderung billigerer Arbeitsplätze sichert bei einem Verbleib der höher qualifizierten Tätigkeiten die österreichische Wirtschaft, denn die Alternative besteht nicht im Behalten aller Arbeitsplätze, sondern in der Abwanderung des gesamten Unternehmens. Die Beitrittswerber sind nicht in einen Topf zu werfen. Der Sinn einer Unterscheidung besteht nicht darin, manche Kandidaten auf stille Art auszuschneiden, sondern eine Strategie zu entwickeln, die schrittweise Integration ermöglicht. Daß Umbauten der EU notwendig sind, bestreitet niemand; sie sind aber nicht unbedingt in kausalem Zusammenhang mit der Erweiterung zu sehen, weil eher die politischen Anforderungen der Zeit eine Vertiefung verlangen. Auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet handlungsfähig zu sein, ist für die Union auch in ihrem jetzigen Umfang und zu diesem Zeitpunkt von Bedeutung.

Ein Problembereich ist der, daß die mittel- und osteuropäischen Länder noch immer stark agrarisch geprägt sind. Durchschnittlich etwa 15% der Bevölkerung arbeitet dort in der Landwirtschaft, während in der heutigen Union der Prozentsatz bei 5% und weiter sinkend liegen dürfte. Wer die Aufregung um die Agrarordnung der EU verfolgt, kann ermesen, welche Probleme in der Durchsetzung der Osterwei-

terung entstehen und wie gerade die Bauern in der EU reagieren werden, obwohl die Produktivität der beitragswerbenden Länder im Vergleich geringer ist und die Erweiterungsländer gerade aus Österreich viele landwirtschaftliche Produkte importieren.

In Wahrheit ist aber das Problem der Strukturpolitik größer. Wenngleich etwa Slowenien gerade dabei ist, das Pro-Kopf-Einkommen Griechenlands zu überholen, ist das Wohlstandsgefälle doch beträchtlich. Hier liegt auch das Argument, sich für Maßnahmen der Integration auszusprechen, weil ansonsten die wirtschaftliche, soziale und damit politische Destabilisierung auch der gegenwärtigen Union droht. Damit erhebt sich die Frage nach weiteren Argumenten für die Erweiterung. Sie müssen für bewußte Europäer vor allem in der demokratischen Grundstruktur des Kontinents und in einer Vision des „neuen Europa“ liegen. Die Verpflichtung, die im „acquis communautaire“ - dem bisherigen Stand der Europäischen Integration durch die Bindung der Staaten aneinander - eingegangen werden, sind ein Bestandteil der politischen und wirtschaftlichen Stabilität und somit friedensstiftender Natur. Die gleichzeitig diskutierte NATO-Osterweiterung kann kein Ersatz sein, denn Integration greift weiter als ein Sicherheitsbündnis. Das „neue“ Europa verlangt auch eine neue Definition des Verhältnisses zu den USA, denn geographisch ist die NATO längst über den Nordatlantik hinausgewachsen. Hier werden die Gespräche eher zwischen der Union und den USA zu führen sein.“

Alexander List

